

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher: Adolf Wittenberg
Hauptredaktion: 25241
Nur für Nachdruck: 25241
Schreibweise: 25241
Dresden, A. 1, Marienstraße 25/26

Bezugspreis: 18. 20. November 1923 bei täglich einmaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk.
Postbezugspreis für Monat November 3.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:
die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-
gesuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Zeile 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Offertengelder 30 Pf. Auswärtige Kustoden gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siegel & Weidach,
Dresden, Postfach 1048 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) gütig! Unverlangte
Schreibweise werden nicht angenommen

Deutscher Schritt in Paris und London

Das Reparations-Memorandum überreicht

London, 23. Nov. Der deutsche Botschafter überreichte heute nachmittag dem Schatzkanzler Churchill das Antimemorandum übergeben, in dem der deutsche Standpunkt zu den von dem Sachverständigenausschuss zu behandelnden Fragen generell dargelegt wird.

Wie verlautet, hat Botschafter von Goesch bei Poincaré ein Memorandum übergeben, in dem der deutsche Standpunkt zu den von dem Sachverständigenausschuss zu behandelnden Fragen generell dargelegt wird.

Im Laufe des Sonntags wird das deutsche Memorandum noch in Brüssel, Rom und Tokio überreicht werden.

Der sachliche Inhalt dieser Denkschrift ist in seinen Grundzügen ja bereits bekannt. Er wird sich im wesentlichen an die Darstellung des Außenministers in der außenpolitischen Ansprache im Reichstag anschließen. Es wird zum Ausdruck gebracht werden, daß nach deutscher Auffassung der Zeitpunkt für eine materielle Behandlung des Reparationsproblems noch nicht gekommen sei. Im Vordergrund der Kommissionsarbeit muß vor allem die deutsche Leistungsfähigkeit stehen, nach deren Prüfung und Untersuchung erst konkrete Vorschläge der Sachverständigen erfolgen könnten. Es ist wahrscheinlich, daß in dem deutschen Memorandum auch auf die Notwendigkeit des baldigen Zusammentritts der Kommission hingewiesen werden wird, der nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem seiner Gläubigerstaaten liegt.

Die Frage des Mandats, das den Sachverständigen für ihre Beratungen erteilt werden soll, bekommt, nachdem durch den Meinungsaustrausch gewisse Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sein werden, einen rein technischen Charakter, denn es wird sich im wesentlichen darum handeln, den Umfang des Mandats in Worten zu fixieren. Nach deutscher Auffassung soll es sich bekanntlich auf den ganz allgemein gehaltenen Auftrag, die Reparationsfrage zu lösen, beschränken. Zusammenfassend sei festgestellt, daß man sich über die Einziehung der Amerikaner und über die Ernennung von unabhängigen Sachverständigen einig wurde.

Goesch bei Briand und Poincaré

Paris, 23. Nov. Der deutsche Botschafter Herr von Goesch begab sich am Freitagvormittag 11.45 Uhr an den Quai d'Orsay, um dem französischen Außenminister Briand einen Besuch abzustatten.

Von einer militärischen Seite wird mitgeteilt: Der Botschafter v. Goesch hatte am Freitagnachmittag auch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Die leichtere Unterredung war der Frage der Einziehung des Sachverständigenausschusses für die Regelung der Reparationen gewidmet, ein Thema, das auch den wichtigsten Gegenstand der Unterhaltung des Botschafters mit Herrn Briand bildete.

Briand erhofft ein gutes Ergebnis

Paris, 23. Nov. Der Kammerausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nahm am Freitagnachmittag den ausführlichen Bericht des Außenministers Briand über die außenpolitische Lage entgegen, besonders über die Reparationsbesprechungen und die Rheinlandsbesetzung. Briand betonte die lebhafteste Hoffnung, daß ein glückliches Ergebnis erzielt werde. Er brachte die Sympathie der Regierung für den Text des allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages zum Ausdruck, der in der letzten Völkerbundversammlung zur Unterzeichnung durch die Staaten vorgeschlagen wurde.

Briand äußerte sich ferner über das französisch-englische Flottenkompromiß und betonte, daß die durch dieses Kompromiß in gewissen ausländischen Hauptstädten hervorgerufene Erregung keineswegs gerechtfertigt sei.

Anschließend gab der Kriegsminister Aufklärungen über die wirkliche Stärke der Rheinlandsbesetzung. Der Präsident des Ausschusses wies darauf hin, daß es dem Ausschuss nicht aufstehe, in die Belange des Armees und des Finanzausschusses einzugreifen. Er wolle lediglich feststellen, ob die französische Militärsituation in Übereinstimmung mit der auswärtigen Politik bleibe.

Ferner hat der Deereesausschuss der Kammer eine Sitzung abgehalten, in der Kriegsminister Poincaré über verschiedene das Deereebudget betreffende Fragen Aufschluß gab, u. a. auch über die Verteidigungsorganisation der Grenzen. Er wies darauf hin, daß in Anwendung des Gesetzes über die einjährige Dienstzeit die im November 1923 unter die Fahnen zu berufenden Rekruten als erste nur ein Jahr zu dienen haben würden.

Am toten Punkt

Die Hoffnung der deutschen Öffentlichkeit, daß der für unsere ganze Volkswirtschaft so verhängnisvolle Riesenkampf in der nordwestlichen Eisenindustrie durch die Vermittlung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten ein schnelles und für alle Teile befriedigendes Ende finden würde, ist leider enttäuscht worden. Obwohl die Verhandlungsberichte täglich von einem günstigen Verlauf der Besprechungen zu melden wußten, war mit einem Schlage der Faden abgerissen, und die Verhandlungssaktion mußte abgebrochen werden in einer Form, die wenig Hoffnung läßt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden kann. Damit ist eine völlig neue Lage geschaffen; statt der erwarteten Entspannung ist eine Verteilung eingetreten, und es scheint, daß erst durch den schleppenden Gang der Verhandlung eine Entscheidung herbeigeführt werden kann, während Tag für Tag die Wirtschaft Millionenverluste erleidet. Wertwärtigerweise ist in diesem neuen Stadium fast nicht mehr von der Schuldfrage die Rede, die unmittelbar nach der Aussperrung so ausgiebig und meist zungunsten der Unternehmenseite erörtert wurde. Aber die Öffentlichkeit hat nach wie vor ein dringendes Interesse zu erfahren, warum die Verhandlung gescheitert ist, nicht nur zur Klärung der Verantwortlichkeiten in dem gegenwärtigen Konflikt, sondern auch deshalb, weil es gilt, die Fehler, die jetzt begangen worden sind, in zukünftigen Fällen zu vermeiden.

Die Arbeitgeber haben inzwischen in einer öffentlichen Erklärung ihren Standpunkt dargelegt und die Arbeitnehmer haben dazu eine Gegenerklärung erlassen. Wenn man aus diesen Verlautbarungen den Verlauf der Entwicklung herausfährt, dann ergibt sich folgendes: Die Gewerkschaftsvertreter selbst geben zu, daß am Ende der Beratungen bereits ein „Verhandlungsergebnis“ vorgelegen hat, von dem sie zwar sagen, daß es „von Arbeitgeberseite formuliert“ worden sei, dem sie aber doch ihre Zustimmung gegeben hätten. Als es sich aber in der nächsten Sitzung darum handelte, dieses Ergebnis zu ratifizieren, da vollzogen sie plötzlich eine entscheidende Schwendung, indem sie die bereits getroffene Vereinbarung, die sich auf eine Erhöhung und Arbeitszeit umfassende Neuregelung erstreckte hatte, preisgaben und sich wieder auf den Schiedspruch zurückzogen. Ueber Nacht waren die unterhandelnden Bezirksvertreter von den zentralen Gewerkschaftsführern im Stich gelassen worden. Diese verlangten neuerdings, daß der Schiedspruch unter allen Umständen Anerkennung finden müsse, und zwar in der Form, daß die Unternehmer zunächst zu den Bedingungen des alten Tarifs wieder ihre Betriebe öffnen. Wenn dann das Reichsarbeitsgericht in dem anhängigen Rechtsstreit um die Gültigkeit des Schiedspruches diesen befiehlt, also gegen die Arbeitgeber entscheidet, dann soll der Schiedspruch die neue Grundlage der Arbeitsbedingungen sein. Wenn aber dieses Urteil zugunsten der Arbeiter ausfällt, dann soll unter vorläufiger Weitergeltung des alten Tarifs ein neues Schlichtungsverfahren einleiten. Stillschweigende Voraussetzung ist, daß dieses dann formell so einwandfrei funktionieren würde, daß die Unternehmer keine Möglichkeit mehr hätten, sich einem neu gefällten und wieder verbindlich erklärten Schiedspruch zu entziehen. Das letzte Wort der Gewerkschaften heißt also: Nicht Realpolitik auf Grund der gegebenen Lage, sondern Rückkehr zur Prestigepolitik um Grundzüge. Keine Vereinbarung in freier Verhandlung, sondern Unterwerfung der Unternehmer unter das laudinische Joch des Schiedspruches oder einer Neuregelung, die seinem materiellen Inhalt entspricht. Als Maximum des Entgegenkommens nur das Angebot, daß vorläufig die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden soll. Wie innerlich unlogisch diese Stellungnahme ist, geht daraus hervor, daß der Appell der Unternehmer an das Arbeitsgericht von der gewerkschaftlichen Presse als eine unerhörte Auflehnung gegen die Staatsgewalt bezeichnet wurde, während die Gewerkschaften jetzt selbst auf die gerichtliche Entscheidung lossteuern und damit den ganzen Streit nach der juristischen Seite hin aufspitzen. Es ist ganz klar, daß die Unternehmer diese Schwendung nicht mitmachen konnten; denn sie hätte für sie nicht den erstrebten Verhandlungsfrieden bedeutet, sondern das Eingeständnis der alten Niederlage.

So liegen die Tatsachen, an denen leider nichts mehr zu ändern ist. Nun erhebt sich noch die Frage, warum die schon bis zum Abschluß gediehene Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaften plötzlich so dahingekommen ist. Ein Grund wurde schon angedeutet: die Unsicherheit der unterhandelnden Gewerkschaftsführer. Es hat die Führerkörperschaft gemangelt, die von ihnen geleiteten Massen und die über ihnen stehende Zentrale bindend zu verpflichten. Bereiteten ihnen schon die Eifersüchteleien der drei beteiligten Gewerkschaftsrichtungen Hemmnisse für die gemeinsame Einlenkung ihrer Aktion, so wurden sie völlig aus dem Sattel gehoben von den übergeordneten Führern, die ihre Entscheidung mehr nach politischen als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten fällen. Dazu sind aber noch weitere Einflüsse von außen, vor allem Rückfahrungen parteipolitischer Natur, gekommen. Ganz besonders haben offenbar die Unterabstützungsbeschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses im Reichstag in dieser Richtung ge-

Ein deutscher Dampfer im Orkan gesunken

19 Mann gerettet, 7 Mann vermisst

Hamburg, 23. Nov. Der Lübecker Dampfer „Herrenwitt“, der auf dem Atlantik bei furchtbarem Sturm in Seenot geraten war, ist gesunken. Der Dampfer „Transatlantica“, der dem sinkenden Schiff zur Hilfe geeilt war, berichtet, daß die Auslebung von Booten wegen des außerordentlich heftigen Sturmes unmöglich war. Ein Funkpruch des dänischen Dampfers „Estonia“ besagt, daß das Schiff sechs Mann der Besatzung aufgenommen habe, das Rettungswert dann aber wegen hereinbrechen der Dunkelheit und Verstärkung des Sturmes unterbrechen mußte. Die „Estonia“ verweist weiter auf der Unfallstelle, um den Rest der Besatzung bei Tagesanbruch aufnehmen zu können.

Die Dänische Compagnie teilt über die Hilfeleistung der „Estonia“ für den deutschen Frachtdampfer „Herrenwitt“ der Lübeck-Linie, A.G., mit: Der Passagierdampfer „Estonia“ der Dänischen Compagnie, der sich auf der Fahrt von New York nach Danzig befindet, wurde Donnerstag nacht von dem deutschen Dampfer „Herrenwitt“, der sich auf 54 Gr. 52 Min. nördl. Breite und 24 Gr. 30 Min. westl. Länge in Seenot befand, zu Hilfe gerufen. Es gelang der „Estonia“, bis 3 Uhr Freitag morgen sechs Mann der Besatzung zu retten, als ein zunehmender Nordweststurm die Fortsetzung der Rettungsarbeiten unmöglich machte. Die „Estonia“ blieb an der Unfallstelle in der Hoffnung, die übrigen verbleibenden 20 Mann der Besatzung bei Tagesanbruch in Sicherheit zu bringen. Der Orkan nahm jedoch weiterhin an Stärke zu, und Freitag vormittag 10 Uhr sank die „Herrenwitt“.

Bis 1 Uhr mittags waren im ganzen 19 Mann gerettet. Die „Estonia“ wird die Unfallstelle bis zum Anbruch der Dunkelheit abpatrouillieren, um möglicherweise weitere Mitglieder der Besatzung des gesunkenen Schiffes aufnehmen. Die „Herrenwitt“ gehörte der Reederei Lübeck-Linie, A.G., in Lübeck und war auf der Reise von Hörnstrand nach New York mit einer Ladung Zellstoff. Die „Estonia“ wird wahrscheinlich Kopenhagen Dienstag nachmittag passieren.

Noch ein Schiff in Seenot

London, 23. Nov. Der Frachtdampfer „Albion Star“ der Blue-Star-Line, 7920 Tonnen groß, ist an der Westküste von Kanada in der Nähe von Race Roads in schwere Seenot geraten. Er sandte mehrere SOS-Rufe aus. Hilfsschiffe sind unterwegs.

Nach einem Funkpruch von Bord des Dampfers „Regina“, auf dem sich der englische Außenminister Chamberlain befindet, ist das Schiff in einen schweren Sturm geraten. Es befindet sich auf der Fahrt nach England.

Orkan über England

Der Schiffsverkehr nach Ostende eingestellt

London, 23. Nov. Ganz England wurde heute von einem fast orkanartigen Sturm heimgesucht. Aus allen Teilen des Landes werden heftige Regengüsse und Sturmwinde gemeldet. Zahlreiche Telephonleitungen sind niedergedrückt worden und die Telephonverbindungen erleiden beträchtliche Verzögerungen. Im Kanal herrscht hohe See, und viele Dampfer haben sich zum Schutz in die Häfen begeben. Die Rettungsboote von Deal und Margate sowie eine Anzahl schneller Motorboote wurden heute in größter Eile abgefordert, um einer Flotte von Dampfern zu Hilfe zu eilen, die von dem plötzlichen Sturm überfallen worden waren und dringende Notsignale gaben. Es gelang, die Dampferflotte mit ihrer Besatzung einzubringen. Wegen des im Kanal herrschenden Sturmes wurde der gesamte Schiffsdienst zwischen Ostende und Dover eingestellt.

Schweres Einsturzungsloch in einer Irrenanstalt

Mailand, 23. Nov. Wie der „Popolo d'Italia“ meldet, ereignete sich in der Irrenanstalt der Gemeinde Ponte Bico ein schweres Unglück. Die Decke eines Schlafsaales, in dem sich 15 Frauen befanden, stürzte plötzlich ein und rief die Unglücklichen, da auch der Fußboden durchbrach, mit in die Tiefe. Drei Geisteskranken wurden auf der Stelle getötet, sieben mehr oder weniger schwer verletzt.

Drei österreichische Offiziere wegen Spionage verurteilt

Wien, 23. Nov. Der Spionageprozeß gegen die drei früheren Offiziere Reindl, Panika und Müller endete mit der Verurteilung wegen Betrugs, Auspöhlung und Diebstahls. Der frühere Oberleutnant Reindl wurde zu 18 Monaten, der frühere Oberleutnant Panika zu acht Monaten schweren Kerkers und der frühere Leutnant Müller zu sechs Monaten einfachen Kerkers verurteilt.